

Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

Das erste Europatreffen der Priesterräte

Die vom 19. bis 23. April 1970 in Genf veranstaltete Tagung der Delegierten europäischer Priesterräte — die erste ihrer Art — stand ganz im Zeichen der kommenden Bischofssynode. Den Anstoß hatte — indirekt — der Präfekt der Kleruskongregation, Kardinal *J. Wright*, gegeben. Auf der letzten außerordentlichen Bischofssynode 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz, 24. Jhg., S. 477 bis 482; 534—540; 572—581) hatte er die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen zu einem Kolloquium über die Priesterfrage eingeladen und sie aufgefordert, einen Priester mitzubringen, der den Priesterräten angehörte. Der Wunsch des Kardinals, dieses Gespräch fortzusetzen, veranlaßte die anwesenden acht Vertreter europäischer Priesterräte, weiter miteinander in Kontakt zu bleiben. Einer von ihnen, der Belgier *T. Dhanis*, schlug ihnen ein europäisches Treffen vor (vgl. „La Documentation Catholique“, 21. 3. 71). Als dann vor einem Jahr die Priesterfrage als erster Punkt auf die Tagesordnung der Bischofssynode gesetzt wurde, beschloß man, auf dem vorgeschlagenen europäischen Treffen eine gemeinsame Stellungnahme auszuarbeiten.

Zur Vorgeschichte des Treffens

Ein erstes Planungsgespräch fand Ende Juni 1970 in Brüssel statt. Die dort verabschiedeten Richtlinien dienten einem Ausschuß als Grundlage für die Erstellung eines Arbeitspapiers, das — vorbehaltlich der Zustimmung jedes Landes — Diskussionsgrundlage für das europäische Treffen bilden sollte. Der erste Entwurf — das sog. „Trierer Papier“ — wurde jedoch von Frankreich abgelehnt. Im Dezember 1970 einigte man sich dann in Paris auf das sog. „Pariser Papier“, das 58 Fragen zu sechs Themenkreisen enthielt: 1. die Sendung der Kirche in der Welt von heute; 2. Sendung und Dienst des Priesters; 3. Priester und Arbeit; 4. der priesterliche Zölibat; 5. Autorität und Initiativen in der Kirche; 6. Ausbildung und Weiterbildung des Priesters. Dieses Arbeitspapier wurde dann allen Mitgliedern der westeuropäischen Priesterräte zur Beantwor-

tung zugesandt. Aufgrund der eingegangenen Antworten stellten einzelne Ländergruppen zu einem der genannten Themenkreise eine Synthese zusammen, die dem Genfer Treffen als Diskussionsgrundlage diente.

Die Verfahrensweise, in der dieser Fragebogen beantwortet wurde, war in den zehn beteiligten Ländern aus terminlichen und organisatorischen Schwierigkeiten sehr verschieden. Nur in einzelnen Diözesen Belgiens und der Schweiz konnten alle Priester zu allen Fragen Stellung nehmen. Bisweilen wurde die Beantwortung an Kommissionen delegiert. Von einer echten Repräsentativität kann man daher nicht sprechen, zumal außer den osteuropäischen Ländern u. a. Italien und Spanien sich nicht beteiligten. Den Ergebnissen kommt aber ein gewisser Indikationswert zu.

75 delegierte Priester aus 15 europäischen Ländern (ausgenommen die osteuropäischen und Portugal) nahmen am Genfer Treffen teil. Dabei waren die größeren Länder mit je zwölf, die mittleren mit je sechs und die Länder mit weniger als sechs Diözesen mit je einem Delegierten vertreten. Außer sechs Bischöfen, die zwar das Wort ergreifen, aber nicht abstimmen durften, waren auch zwei Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen und des Europäischen Forums der Laien anwesend. Ein Vertreter der römischen Kleruskongregation war — obschon eingeladen — nicht erschienen. Vertreter der europäischen Solidaritätspriester, die schon zuvor ihre Vorbehalte gegen die Tagung, ihre Vorbereitung, ihre Repräsentativität und ihre Arbeitsmethoden geäußert hatten, hatten sich als Beobachter eingefunden und in der Nähe ein Informationsbüro eröffnet, traten aber nicht ostentativ in Erscheinung.

Soziales und politisches Engagement

Auf die im folgenden kurz resümierten Resolutionen hatte man sich in teils mühseliger Redaktionsarbeit geeinigt, durch die bestehende Gegensätze etwas eingeebnet wurden. Immerhin wurden sie mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet.

Über das erste Thema „Kirche und Priester, von der Welt in Frage gestellt“, berichtete die französische Delegation. In den Resolutionen einigte man sich darauf, daß die Kirche wie der einzelne Priester, um glaubwürdig zu bleiben, gegen konkrete Fälle von Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Gewalt auftreten müßten. Völliges Schweigen der Kirche zu politischen und gesellschaftlichen Fragen würde als Zustimmung zur etablierten Ordnung interpretiert. Ihr Auftreten müsse jedoch in Freiheit gegenüber den weltlichen Mächten und im Namen des Evangeliums erfolgen. Meinungsverschiedenheiten gab es über Art und Opportunität des sozialen und politischen Engagements. Man einigte sich auf eine Formulierung, welche dem Priester das Recht zur persönlichen politischen Stellungnahme zuspricht, wenn diese sich auf eine politische Partei bezieht. Dabei müsse freilich — wie auch das synodale Arbeitspapier betont — immer die Einheit der Gemeinde gewahrt bleiben. Zum Schutz der menschlichen Grundrechte dürfe der Priester aber im Namen des Evangeliums und der kirchlichen Gemeinschaft auftreten und sich sogar compromittieren. Einen Neoklerikalismus suchte man durch den Hinweis abzuwehren, daß die direkte politische Betätigung dem Laien zukommt.

Die Thesen zum Thema „Sendung und Dienst des Priesters“ trugen die spanischen Vertreter vor. In ihrer Diagnose über Ursache und Art der gegenwärtigen Priesterkrise setzten sie sich scharf vom synodalen Arbeitspapier ab (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 215 ff.) und sprachen von einer Krise der „kirchlichen Institutionen“, die „bürokratisch“, aber nicht „evangelisch“ seien, von einer Krise „des Glaubens der Bischöfe, die sich vom Volk entfernen“. Die Resolution milderte diese Sätze zur Formulierung, daß der erste Grund für diese Krise nicht „persönlicher, sondern institutioneller, kultureller und sozialer Art ist“. Man forderte ein Recht auf pastorale Initiativen, größtmögliche Freiheit in der Lebensform und neue seelsorgliche Strukturen.

Über das Verhältnis von priesterlicher und weltlicher Tätigkeit hieß es, die spezifisch pastorale Arbeit des Priesters sei ein „wirklicher Beruf“, eine „in sich wertvolle und anstrenghende menschliche Arbeit“. Dennoch sprach man sich einmütig im Sinne einer stärkeren Eingliederung des Priesters in das Volk und in die menschliche Gesellschaft für eine echte hauptamtlich ausgeübte „weltliche Arbeit in Fabrik, im Büro, im Schulwesen“ usw. und damit für eine Pluriformität des priesterlichen Dienstes aus. Zugleich setzte man sich aber von einer heute verbreiteten leistungs- und zweckorientierten Arbeitsauffassung ab. Die Gemeinden hätten bei dieser Suche nach neuen Formen der Ausübung des priesterlichen Dienstes eine wichtige Rolle zu erfüllen. Vorsichtig befürwortete man Überlegungen in Richtung eines part-time ausgeübten priesterlichen Dienstes, wofür sich auch das synodale Arbeitspapier aufgeschlossen zeigt.

Für Verheiratete als Priester

Mit den Resolutionen über den Zölibat wurde nach Ansicht maßgeblicher Beobachter den Bischöfen eine gute Beratungsgrundlage in die Hand gegeben. Über den pastoralen Wert des Charismas der priesterlichen Ehelosigkeit waren sich alle einig, ebenso darüber, daß sich ein solches Charisma entwickeln muß und dafür günstige menschliche und kirchliche Bedingungen geschaffen werden müssen. Da die Koppelung zwischen Priestertum und Zölibat nicht dogmatischer Natur sei, sprach man sich vorsichtig für eine Weiterentwicklung der gegenwärtigen Gesetzgebung durch die Bischofskonferenzen aus. Dies soll jedoch in Einheit mit dem Papst und dem Weltepiskopat, in Verbindung mit den Laien und mit Rücksicht auf die unterschiedlichen pastoralen Verhältnisse geschehen. Aber, so hieß es dialektisch, die Initiativen und praktischen Entscheidungen der Partikularkirchen auf diesem Gebiet sollten von den römischen Zentralorganen respektiert und gefördert werden. Eine direkte Aufhebung des Pflichtzölibats forderte man nicht, sondern nur seine vordringliche Behandlung. Die Teilnehmer untermauerten diesen „Wunsch“ mit dem Hinweis, daß ein Großteil der jüngeren Priester ihn nicht mehr als „sinnvoll und notwendig“ empfindet. Ein temperamentvol-

les Plädoyer für den Pflichtzölibat von Pastor W. Henze (Hildesheim) blieb nicht ohne Eindruck. Man distanzierte sich von der Forderung der Holländer und Norweger, sich einmütig hinter die Erklärung des amerikanischen Nationalbüros der Priesterräte zu stellen. Diese hatte u. a. die Aufhebung des Pflichtzölibats, die Heiratsmöglichkeit für die im Amt befindlichen Priester und die weitere Amtsausübung bereits verheirateter Priester gefordert.

Einmütig verabschiedete man hingegen die Resolution über *die Zulassung verheirateter Männer zur Priesterweihe*. Die Resolution stellte aber nicht, wie das synodale Arbeitspapier, die Bedingung, dies müßten Männer im „vorgerückten Alter“ sein. Für eine Weiterverwendung verheirateter Priester im priesterlichen Dienst fand sich keine Mehrheit, wohl aber für die Weiterbeschäftigung im kirchlichen Dienst. Die Entscheidung über Formen und Bedingungen dieser Weiterverwendung sollte den Bischöfen überlassen bleiben. Dabei sei jede Diskriminierung zu vermeiden. Die Forderung, den Bischöfen aufgrund einer Rahmenordnung der betreffenden Bischofskonferenz die Vollmacht zur Dispens vom Zölibatgesetz zu geben, wurde erst nach dem Zusatz, daß diese Rahmenordnung zusammen mit den Priesterräten erarbeitet werden müsse, angenommen. Die endgültige Entscheidung für die Ehelosigkeit dürfe erst nach einer längeren Zeit pastoraler Erfahrung und nicht schon vor der Diakonatsweihe getroffen werden.

Der von der englischen Delegation vorgelegte Bericht über Autorität und Initiative in der Kirche forderte größere Freiheit und Mitverantwortung der Priester in den Pastoral-, Priester- und Gemeinderäten. Vorbehaltlich des Rechts des Papstes, die Bischöfe zu ernennen, wünschte man mehrheitlich eine echte vorherige Konsultation der Priester und Laien in ihren diözesanen Vertretungen.

Nachhutgefecht um die französischen Privatschulen

Die Notwendigkeit der staatlichen Subventionierung von Schulen in freier Trägerschaft und die Dualität des französischen Schulwesens standen Ende April im Mittelpunkt einer heftigen Diskussion, welche von einem ausgedehnten Streik im Pri-

Der Nuntius sollte aus diesem Konsultationsvorgang ausgeschaltet bleiben. Das gleiche gelte für die Ernennungen, die der Bischof in seiner Diözese vornehme. Die Dauer der Amtsausübung in der Diözese sollte allgemein begrenzt werden. Weiter befürwortete man die Aufhebung des pastoral hinderlichen kirchenrechtlichen Unterschieds zwischen Pfarrern und Kaplänen, eine leichtere interdiözesane Austauschbarkeit der Priester aus pastoralen Gründen, einen stärkeren Kontakt zwischen der Kleruskongregation und den repräsentativen Priesterräten und eine Verkleinerung der Diözesen.

Gemäßigt reformbereit

Die Resolutionen zur priesterlichen Aus- und Weiterbildung enthalten gegenüber den bekannten Reformvorschlägen keine neuen wesentlichen Inhalte (vgl. auch Herder-Korrespondenz, 24. Jhg., S. 213—217 und 104—106). Zur Frage der Priesterweihe der Frau hieß es, sie müsse offenbleiben und reifen.

Gemäßigt reformbereit und sehr loyal gegenüber Papst und Bischöfen — dieser Gesamteindruck scheint sich aus den Beratungen und Resolutionen herauszuschälen. Extreme Positionen waren nicht gefragt. Die Ergebnisse des Delegiertentreffens werden von Weihbischof J.-B. Musty, dem Vizepräsidenten des europäischen Bischofsrates (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 252) und zwei Priestern dem Generalsekretariat der Synode sowie der Kleruskongregation überbracht werden. Von nicht unmaßgeblichen Beobachtern wurde die Befürchtung geäußert, daß die Synodalbischöfe diese Konferenz nicht allzu ernst nehmen werden. Auch in den Resolutionen hatte man davor gewarnt. Die sicher unzureichende Repräsentativität der Delegierten wie der Umfrageergebnisse des Pariser Papiers wären jedoch dafür ein schlechtes Alibi.

mar- und Sekundarbereich des öffentlichen Schulwesens begleitet wurde. Anlaß dieses von dem sozialistischen Lehrersyndikat FEN (Fédération de l'éducation nationale) und dem laizistischen Elternverband „Fédération Corneac“ ausgerufenen